

VKU

Kurskorrektur beim Offshore-Ausbau gefordert

[28.01.2026] Der Verband kommunaler Unternehmen fordert anlässlich des Nordsee-Gipfels eine Kurskorrektur beim Ausbau der Offshore-Windenergie. Ziel sei ein Ausbaupfad, der Systemkosten begrenzt, Netze besser auslastet und Investitionen wirtschaftlich tragfähig macht.

Der [Verband kommunaler Unternehmen \(VKU\)](#) verlangt einen Realitätscheck beim Ausbau der Windenergie auf See. Wie der VKU anlässlich des Nordsee-Gipfels mitteilt, müsse der Offshore-Ausbau stärker auf bezahlbaren Strom, effiziente Netznutzung und wirtschaftlich tragfähige Investitionen ausgerichtet werden. VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing erklärte, Ziel sei ein Ausbau, „der bezahlbaren Strom liefert und Investitionen verantwortbar macht“. Dafür brauche es klare Leitplanken, darunter eine Begrenzung des Netzausbaus durch Überbauung, die Vermeidung von Verschattungseffekten zwischen Windparks sowie eine Reform der Ausschreibungsverfahren.

Warnung vor steigenden Systemkosten

Nach Angaben des Verbands erreichen die geplanten Investitionen in Offshore-Windkraft einschließlich Netzanbindung ein Volumen von mehreren hundert Milliarden Euro. Liebing zufolge müssten Offshore-Anlagen deutlich mehr Vollaststunden erzielen als moderne Windkraftanlagen an Land, um dieses Geschäftsmodell zu tragen. In der Praxis werde dieses Ziel jedoch häufig verfehlt. Gleichzeitig verzeichne die Branche starke Kostensteigerungen sowohl beim Ausbau der Übertragungsnetze als auch bei der Errichtung von Offshore-Anlagen. Diese Entwicklung betreffe nicht nur Deutschland, sondern sei europaweit und international zu beobachten. In der Folge scheiterten derzeit zahlreiche Projekte. Da der Netzausbau auf See und an Land eine zwingende Voraussetzung für zusätzliche Offshore-Leistung sei, warnt der VKU vor steigenden Systemkosten. Diese könnten sich laut Liebing über einen Zeitraum von 20 Jahren auf mehr als 200 Euro pro Megawattstunde summieren.

Ehrliche Bestandsaufnahme

Der Verband fordert daher eine ehrliche Bestandsaufnahme und eine klare Priorisierung. Der Netzausbau solle auf unvermeidbare Projekte beschränkt bleiben, während die Auslastung bestehender Infrastruktur maximiert werde. Zudem spricht sich der VKU für wettbewerbsorientiertere Ausschreibungen aus, die auch kleineren Akteuren Marktzugang ermöglichen. Damit lasse sich das Risiko großer Projektbündel verringern, die bei einem Scheitern erhebliche Auswirkungen auf den Ausbaupfad hätten. Für die Deutsche Ausschließliche Wirtschaftszone plädiert der Verband für eine system- und kosteneffiziente Planung.

Inhaltlich setzt der VKU auf Entzerrung statt weitere Verdichtung der Offshore-Flächen. Eine stärkere Koordinierung mit den Anrainerstaaten der Nordsee und gemeinsame Projekte könnten Erträge steigern und Netzkapazitäten besser nutzen. Liebing verwies darauf, dass gegenseitige Verschattung die Stromerträge spürbar mindere und damit die Wirtschaftlichkeit der Anlagen beeinträchtige. Aus Sicht des VKU sei eine Zielgröße von 45 bis 50 Gigawatt installierter Leistung in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone realistisch und verantwortbar.

Richtige Weichenstellung

Positiv bewertet der Verband jüngste Schritte des Bundesamts für Seeschifffahrt und Hydrographie sowie der Bundesregierung. Die Vorgaben zur Überbauung von Netzanschlusspunkten und die stärkere Ausrichtung auf höhere Netzauslastung wertet der VKU als richtige Weichenstellungen. Nach Darstellung des Verbands zeigten diese Ansätze, dass Effizienzgewinne möglich seien, ohne den Ausbau allein über zusätzliche Flächen und Kapazitäten zu treiben.

Auch an Land sieht der VKU erheblichen Handlungsbedarf. Der Strom aus Offshore-Windparks gelange erst nach der Umspannung auf 110-Kilovolt-Verteilnetze und niedrigere Spannungsebenen zu den Verbrauchern. Diese Netze müssten vielerorts kurzfristig verstärkt werden. Der Verband fordert dafür schnellere und praxistauglichere Genehmigungsverfahren, insbesondere für die Ertüchtigung bestehender Trassen. Der Schwerpunkt solle auf der Modernisierung vorhandener Infrastruktur liegen, nicht auf dem Neubau zusätzlicher Leitungen.

Insgesamt wirbt der VKU für eine Offshore-Strategie, die technische Machbarkeit, wirtschaftliche Vernunft und europäische Abstimmung verbindet. Nach Darstellung des Verbands müsse die Energiewende nicht nur schneller, sondern vor allem bezahlbar und dauerhaft tragfähig umgesetzt werden.

(th)

Stichwörter: Politik, Windenergie, Offshore-Windkraft, Verband kommunaler Unternehmen (VKU)